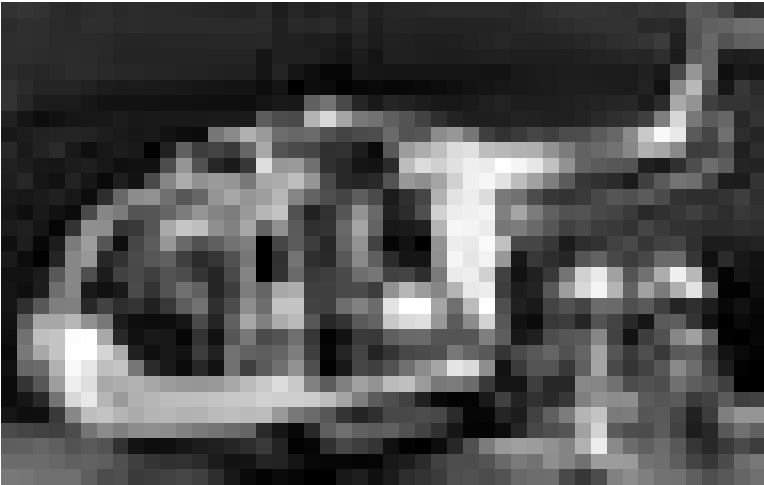


ASYLRECHT

# Spätes Erwachen



"Hey René, hast du ihm den Wirbelschutz sauber angelegt?  
Asselborn legt Wert darauf, das ihm erst in Minsk das Rückgrad ge-  
brochen wird."  
(Foto: Internet)

Bei der Umsetzung  
der EU-Direktiven  
im Bereich Migration  
besteht dringender  
Diskussionsbedarf.

Der Einspruch kam spät, aber er war fundamental. Was die Menschenrechtskommission (CCDH) zum Gesetzesprojekt 5572 zu sagen hatte, reduzierte sich nicht auf terminologische Fragen (siehe woxx 871 & 872). Am kommenden Montag soll die Kommission für Außen- und Einwanderungspolitik ihren Bericht zum Gesetz verabschieden. Die Eile, mit der die späte Umsetzung von vier EU-Direktiven in luxemburgisches Recht vom Gesetzgeber betrieben werde, sei angesichts der drohenden finanziellen Sanktionen zwar nachvollziehbar, so die CCDH in ihrem Avis vom 10. Oktober. Die Einführung des Gesetzes im Bereich Asyl und Migration drohe für die Adressaten jedoch eine Verletzung ihrer fundamentalen Rechte mit sich zu bringen.

Zwar hatte die Kommission sich in ihrer Stellungnahme auf die erste Version des projet de loi vom Mai diesen Jahres bezogen, doch auch die neue Fassung des Gesetzentwurfs vom 12. Oktober weist weit reichende Unklarheiten auf. "Ich finde es übrigens interessant, dass die Direktiven selbst im projet de loi nicht abgedruckt sind", ergänzt ironisch der Asti-Vorsitzende Serge Kollwelter, "das zeugt von der Gründlichkeit, mit der gearbeitet wurde". Doch nicht nur jene, die auf die Rolle des Kritikers abonniert sind, haben Probleme mit dem Gesetzestext. Auch Marc Angel (LSAP), der für den Berichtsentwurf verantwortlich zeichnet, gibt im Gespräch Unklarheiten zu.

So kritisiert die CCDH unter Bezugnahme auf die Direktive 2001/51/CE, die Strafandrohung im Luxemburger Entwurf gegen all jene, die einem "Ausländer" bei der Einreise behilflich sind, mache es für viele Flüchtlinge unmöglich, ins Innere der Schengen-Grenzen zu gelangen. Der Gesetzestext sieht nämlich vor, "Transporteure" von "Ausländern" neben einer Geldstrafe auch die Kosten für Aufenthalt und Rückführung eines Asylsuchenden aufzubrummen - sofern dessen Asylantrag nicht erfolgreich war. Das bedeutet im Klartext, dass beispielsweise Fluggesellschaften im Schnellverfahren die Asylchancen eines Flüchtenden ausloten müssen - "eine neue Art der Privatisierung staatlicher Aufgaben", wie Serge Kollwelter zynisch kommentiert. Eine "Pri-

vatisierung" zu Lasten der Asylbedürftigen, denen aus Angst vor den Kosten dann noch mehr Transportchancen verwehrt bleiben.

Berichterstatter Angel ist selbst erstaunt über den Fatalismus, der in dieser Logik zu Tage tritt und gibt zu, dass dieser Aspekt bislang vernachlässigt wurde: "Das stimmt, was die Kommission da schreibt. Ich werde das in der nächsten Sitzung nochmals einbringen, um zu sehen, was die Autoren des Gesetzesprojekts dazu meinen. Dieser Punkt wird nicht ungeklärt bleiben."

Auch ein mangelndes Einspruchsrecht im Hinblick auf die so genannte Drittstaatenregelung steht seitens der CCDH unter Kritik. Diese Regelung erlaubt es, einen Asylsuchenden auszuweisen, falls dessen Antrag in einem anderen EU-Mitgliedsstaat bereits abgewiesen wurde. In diesem Kontext bemängelt die Kommission nicht nur, dass keine Regelung über die Methoden, mit denen eine Ausweisung vorgenommen werden darf, vorhanden sei. Kritisiert wird auch, dass - im Gegensatz zu Terminus und Praxis der "expulsion" - das unter Verweis auf EU-Direktive 2001/40/CE im projet benannte "éloignement" nach luxemburgischem Recht ohne richterlichen Beschluss polizeilich vollzogen werden könne und deshalb auch ohne Einspruchsmöglichkeit sei. Serge Kollwelter spricht in diesem Zusammenhang gar von einem "rechtsfreien Raum", der geschaffen werde.

## Hoffen auf die Chamber

Ein weiteres, von der CCDH angeprangertes Manko, bezieht sich auf die hiesige Umsetzung der gegen Menschenhandel und illegale Einwanderung gerichteten Direktive 2002/90/CE, laut der die Hilfe bei illegaler Einreise und beim Transit sowie bei der Unterbringung im jeweiligen EU-Mitgliedsstaat unter Strafe gestellt werden soll. Während die Direktive den einzelnen Mitgliedstaaten explizit die Möglichkeit lasse, bei Hilfe aus humanitären Gründen von einer Strafverfolgung abzuweichen, sei diese Möglichkeit im Luxemburger projet de loi nicht gegeben, hatte die Menschenrechtskommission kritisiert. Zwar wurde das von der Kommission für Außenpolitik und Immigration betreute Gesetzesprojekt mittlerweile überarbeitet, so dass nun zwischen humanitären und wirtschaftlichen Gründen unterschieden wird - jedoch lediglich die Hilfe bei der Unterbringung betreffend.

"Das stimmt", bestätigt Marc Angel diese Interpretation der aktuellen Formulierung. "Ich habe ursprünglich auch an eine Unterscheidung bezüglich aller drei Aspekte (entrée, transit und séjour; T.F.) gedacht, habe das aber in der Kommission nicht durchgebracht." Bislang habe sich am aktuellen Text aber noch niemand gestört, so Angel. Er freut sich auf die Diskussionen im Parlament, und hofft, dass "die Grünen nach diesen Widersprüchen fragen". Vielleicht ist dieser Punkt ja aber auch schnell

abgeändert, denn sogar Laurent Mosar (CSV), der selbst der betreffenden Parlamentskommission angehört, gestand ein: "Warum man bei der Hilfe bei der Unterbringung einen Unterschied zwischen humanitären und finanziellen Beweggründen macht, bei Transit und Einreise aber nicht, kann ich ihnen nicht sagen."

Verwirrung besteht auch hinsichtlich der nach Ausweisung eines weißrussischen Asylsuchenden wieder in die Diskussion gekommenen neutralen Beobachter. Sie sollen Abschiebungen begleiten, um eine "menschenwürdige Behandlung" der Betroffenen zu garantieren. Armelle Ono von der "Action des chrétiens pour l'abolition de la torture" hatte auf einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche den Vorwurf erhoben, das Rote Kreuz habe sich in der Vergangenheit angeboten, neutrale Begleiter zu stellen, dies sei jedoch vom Familienministerium abgelehnt worden, während das damals ebenfalls verantwortliche Justizministerium zugestimmt habe.

"Blödsinn", kommentiert Christiane Welter vom Familienministerium diese Aussage. "Es gab vor etwa vier, fünf Jahren eine interministerielle Konferenz, bei der außer dem Justiz- und dem Familienministerium noch die Croix Rouge und die Caritas zugegen waren." Bei dieser Versammlung, die sich jedoch ausschließlich mit den euphemistisch als "freiwillig" bezeichnete Abschiebungen bezeichnet habe, sei vom Roten Kreuz tatsächlich ein entsprechender Vorschlag gemacht worden. "Ich war damals eine kritische Stimme, da es ja um freiwillige Rückführungen ging." Deshalb habe sie den Vorschlag in diesem Zusammenhang als sinnlos erachtet. Sie habe jedoch nur ihre persönliche Meinung geäußert. Keinesfalls habe es sich um eine ministerielle Entscheidung gehandelt: "Zumal wir im Grunde gar nicht damit befasst sind. Wir werden nur miteinbezogen, wenn Familien betroffen sind."

Kollwelter hat für dieses "späte Erwachen" des Familienministeriums kein Verständnis. "Haben die den Avis der Menschenrechtskommission von vor drei Jahren nicht gelesen? Dort wurde das nämlich ebenfalls kritisiert. Dann hätten die das schon längst richtig stellen können."

Dem bereits abgeschobenen Igor B. wird das jedoch nichts mehr bringen. Auch sonst sollte er sich keine großen Hoffnungen machen. Denn trotz aller Verurteilungen des Regimes in Weißrussland hat die EU genau dort eines ihrer "Regionalen Schutzprogramme" geplant. Das bedeutet, dass dort Flüchtlinge aus der Region in Zentren zusammengepfercht werden, um ihre Asylanträge vor Ort bearbeiten und sie von der Einreise nach Europa abbringen zu können.

Thorsten Fuchshuber

## On reprend les mêmes et on recommence

Un an après les émeutes qui ont bouleversé les banlieues françaises, les médias, les hommes politiques, les policiers et bien-sûr la soi-disant "racaille" s'apprêtent à fêter l'anniversaire de ces événements. Et cela s'annonce plutôt réussi, car depuis un an presque rien n'a changé. Sarkozy se veut toujours super-flic, les syndicats de la police réclament toujours de meilleurs effectifs ainsi que le rétablissement de la police de proximité, les médias sind toujours prêts à participer aux opérations de propagande orchestrées par le ministère de l'Intérieur et - la chose la plus importante - les banlieues sind toujours aussi pauvres. Pourtant personne ne s'était attendu à des miracles. Si la spécialité du cru 2006 semble être l'autobus flambé, il y a bien eu quelques initiatives tendant à politiser les jeunes de banlieue, toutes submergées par les intérêts des différents partis et, faute d'élections, sans impact réel. Alors le carroussel des accusations recommence: "Certains vont dans les banlieues comme au zoo", se plaint le maire de Drancy dans l'hebdo Marianne en visant les médias. La seule vraie nouveauté scheint être l'extension du domaine de la lutte: ponctuels comme toujours, des experts sociologues allemands d'Erfurt prévoient des émeutes similaires outre-Rhin, si la politique de paupérisation entreprise par la grande coalition perdure.

## Communication à l'européenne

Le tragique accident ferroviaire qui a secoué le Luxembourg et la France ne cesse de faire des vagues. Alors que la responsabilité luxembourgeoise est désormais établie, la question du détail technique se pose. Comme les analyses parlent d'erreur humaine in combinaison avec des difficultés techniques de communication entre les réseaux français et luxembourgeois, il est peut-être interessant de savoir qu'un système de communication ferroviaire européen existe. L'ERMTS - le système européen de signalisation ferroviaire - a même déjà dépassé la phase de test et la commission européenne a adopté à l'unanimité le rapport d'initiative le concernant. Dans une question parlementaire, le député vert Félix Braz veut savoir à quel stade en est ce système au Luxembourg et chez ses voisins. En effet, l'ERMTS devrait constituer une priorité pour le pays et la Grande Région, car les trains franchissent les frontières plus souvent ici qu'ailleurs in Europe. C'est pourquoi Braz demande s'il faut faire de la Grande Région un "projet pilote pour la mise en place rapide et complète du système ERMTS". Ce qui, en soi, est une bonne idée. Mais malheureusement, la Grande Région ne figure pas parmi les lignes qui seront équipées in priorité. Ce sont avant tout les grandes lignes de fret comme Rotterdam-Genève qui profiteront du nouveau système.

## Essgewohnheiten

An ihrem Essverhalten werdet ihr sie erkennen! Dieser weise Spruch kommt auch in den Hallen der woxx-Redaktion immer wieder voll zur Geltung. Ob die eine sich also zur "Luxus für alle, und zwar sofort"-Fraktion zählt, der andere dagegen bis zum Beginn der Revolution allen leiblichen Freuden entsagt - auf ihren Tellerchen findet man die Wahrheit. So ist es kein Wunder, dass ein Redakteur, der seine Anwesenheit meist mit dem (frühmorgens nicht einhellig als angenehm empfundenen) Duft frischer Winzerpastete ankündigt, sich für eine Woche nach Paris abgemeldet hat, um sich dort der Völlerei hinzugeben. Gelegentlich werden sogar Richtungskämpfe mit dem Brötchen ausgetragen: Während der israel solidarische Redakteur koscher-zertifiziertes Hummus aus dem nahen belgischen Supermarkt zu seinen Grundnahrungsmitteln zählt, zeigt ein Kollege seiner Zimmerkollegin am Liebsten mit Speisen wie "Porchetta" oder "Filet Américain", was er von ihren vegetarischen Essgewohnheiten hält. Die Kulturkoordination unterstreicht ihre existenzialistische Weltsicht durch Pappbrötchen und Süßkram vom Billig-Bäcker. Wie gut, dass über allem das Redaktions-Urgestein wacht und mit der jahrein, jahraus von zuhause mitgebrachten Stulle für Stabilität und Ausgleich sorgt.